Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt" und „Illustriertes Unterhaltungsblatt". — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streik usw erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3gespaltene Reklamezeile 40 Pfg., Auskunftsgebühr 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe undeutlich geschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10,— Mk. das Tausend, zuzüglich Postgebühr Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 18 — Dienstag, den 10. Februar 1931 — 33. Jahrg.

Brünings Sieg.

Starke Mehrheit gegen die Mißtrauensanträge. — Der Kampf um die Geschäftsordnungsreform.

Berlin, 8. Februar.

Der Ausklang der Freitagsitzung des Reichstages ließ für Sonnabend Sturm erwarten. Die Kampfstimmung ist aber in dem ersten Teil der Sitzung, der den Abschluß der großen politischen Aussprache und die damit verbundenen Abstimmungen brachte, zunächst nicht zum Ausdruck gekommen. Die noch anstehenden Redner hielten ihre erwarteten Kampfreden, es gab einige Zwischenrufe und Zusammenstöße, und um zwei Uhr war die Rednerliste beendet.

Es folgten die Abstimmungen,

die verhältnismäßig einfach verliefen, da die gleichlautenden Mißtrauensanträge der Nationalsozialisten und Kommunisten in einem Stimmgang erledigt wurden. Das Ergebnis war Ablehnung der Mißtrauensanträge mit 293 gegen 221 Stimmen bei 13 Stimmenthaltungen, also 72 Stimmen Mehrheit für das Kabinett Brüning, das damit eine neue Bestätigung und einen neuen Sieg errungen hat. Neben den entscheidenden Anträgen waren noch eine Reihe weiterer Kampfanträge zu erledigen gewesen, darunter auch ein deutschnationaler Vorstoß gegen den Reichsminister Treviranus in Form eines Mißtrauensantrages, der mit noch größerer Mehrheit abgelehnt wurde als die Mißtrauensanträge gegen den Kanzler.

Nach den Abstimmungen über das Mißtrauensvotum folgte der nationalsozialistische Antrag auf Auflösung des Reichstags. Für diesen Antrag stimmten die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen, sowie vom Landvolk der Abgeordnete Dr. Wendhausen und die Kommunisten. Der Auflösungsantrag verfiel der Ablehnung, und zwar mit 318 gegen 207 Stimmen.

Nunmehr folgte Abstimmung auf Abstimmung, und zwar spielte die Opposition jetzt das Spiel der fortgesetzten namentlichen Abstimmungen, die alle in Verbindung mit dem Etat standen. Der Zentrumsabgeordnete Esser betrat die Rednertribüne und erklärte, daß auch die Mehrheit jetzt dazu übergehe, alle geschäftsordnungsmäßigen Mittel anzuwenden, um die rechtzeitige Verabschiedung des Etats zu sichern. Nach dem § 42 der Geschäftsordnung könne über die Bestimmungen eines Gesetzentwurfes und über die Anträge gemeinsam abgestimmt werden.

Er beantragte daher, jetzt über sämtliche Kapitel und Titel des Etats gemeinsam abzustimmen und über alle vorliegenden Aenderungsanträge zur Tagesordnung überzugehen.

Es war vorauszusehen, daß dieser Antrag des Abgeordneten Esser, der mit den Mehrheitsparteien besprochen war, bei der Opposition einen Sturm von Entrüstung hervorrufen würde. Reichstagspräsident Löbe erklärte, er sehe in diesen Anträgen nur eine Notwehrmaßnahme. Der Etat hat Zehntausende von Kapiteln und Titeln. Wer den Versuch macht, über jeden Titel eine namentliche Abstimmung herbeizuführen, macht die Erledigung des Etats unmöglich. Es ist klar, daß man dem Parlament das Recht zu Abwehrmaßnahmen zugestehen muß. Diese Maßnahmen stehen mit der Geschäftsordnung nicht in Widerspruch.

Es war ursprünglich beabsichtigt, die Aussprache über die Geschäftsordnungsreform noch am Sonnabend beginnen zu lassen. Dazu kam es infolge der Obstruktionsversuche nicht mehr, sondern die Fragen der Geschäftsordnung werden am Montag im Reichstag beraten werden. Die Opposition versuchte zwar, eine andere Tagesordnung aufzustellen, und zwar wollten die Kommunisten und die Nationalsozialisten eine Debatte über die Gefrierfleischeinfuhr erzwingen, während die Deutschnationalen an der Gefrierfleischeinfuhr naturgemäß wenig Interesse hatten, und statt dessen eine außenpolitische Debatte verlangten.

Aber auch diese Versuche schlugen fehl, und am Montag wird also nun der Reichstag darüber zu beschließen haben, ob er durch eine veränderte Geschäftsordnung arbeitsfähig gemacht werden soll. Reichstagspräsident Löbe wies schon darauf hin, daß man sich auf eine sehr lange Sitzung gefaßt machen müßte. Die Sitzung wird aller Voraussicht nach nicht nur sehr lang, sondern auch sehr stürmisch werden.

Etatsdebatte im Reichstag.

Fortsetzung der politischen Aussprache.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung um 3 Uhr. Die zweite Lesung des Haushalts für 1931, beginnend beim Haushalt des Reichskanzlers und der Reichskanzlei, wird fortgesetzt;

mit ihr verbunden sind der nationalsozialistische Antrag auf Reichstagsauflösung durch den Reichspräsidenten und die kommunistische Interpellation über angebliche Staatsstreichpläne der bürgerlichen Parteien

Abg. Dr. Stolper (Dt. Staatspartei)

stimmt den Ausführungen des Reichskanzlers über die Notwendigkeit zu, den Haushalt auf parlamentarischem Wege und mit einer möglichst großen Mehrheit zu verabschieden. Es hänge davon das Vertrauen der Welt und unseres Volkes selbst zu der Stabilität der deutschen Verhältnisse ab. Wir hätten nach der Inflation infolge einer Ueberschätzung der Verhältnisse mehr Kredit aufgenommen, als es eine so komplizierte Wirtschaft wie die deutsche vertragen konnte. Die späteren Bemühungen, dem wieder entgegenzuwirken, seien dann durch die Weltwirtschaftskrise unterbrochen worden. Es sei erstaunlich, daß Geheimrat Hugenberg, der immerhin einmal im Krupp-Konzern eine führende Stellung innegehabt habe, so unverständige Dinge wie die Pläne von der Helfferich-Mark vorbringe und doch noch in seinen Kreisen als wirtschaftliche Autorität gelten könne. Wir könnten stolz sein auf das, was unser Volk in den vergangenen zwölf Jahren unter diesem System geleistet habe. (Lärm b.d. Komm.) Gewiß hätten wir viele Arbeitslose, aber sie lebten besser als die sowjetrussischen Arbeiter (ern. Lärm b. d. Komm.). Auch die Osthilfe, die zu begrüßen sei, werde ohne Senkung des Zinsfußes durch Rückkehr des geflüchteten deutschen Kapitals und ohne Auslandskapital nicht möglich sein.

Abg. Dr. Neubauer (Komm.)

erklärt, das Loblied des Redners auf das kapitalistische System werde durch die Tatsache gekennzeichnet, daß dieses System dem deutschen Volke Millionen von Arbeitslosen gebracht habe. Der Redner richtet dann heftige Angriffe gegen die Sozialdemokraten und erhält dabei zwei Ordnungsrufe

Abg. Joos (Zentr.)

erklärt, daß die Reden der Oppositionsparteien keinerlei neue Gedanken gebracht hätten. Wenn der Abg. Dr. Goebbels nicht geschlafen hätte, so erklärt der Redner, dann hätte er oft genug hören können, was der Kanzler über die Gründe gesagt hat, die zur Krise geführt haben. Jeder einfache Mann könnte Herrn Dr. Goebbels ein Kollegg über Volkswirtschaft lesen (Lärm b. d. Nat. Soz. — Abg. Heines (Nat. Soz.) erhält einen Ordnungsruf). Herr Goebbels sagt, die Nationalsozialisten könnten es erst besser machen, wenn sie die Macht haben. Ach, viel wichtiger wäre es, wenn sie erst den Verstand hätten. (Lebh. Beif. b. Zentrum). Das Volk ist dem Kanzler dafür dankbar, daß er Deutschland vor dem Regiment von Dilettanten zu bewahren sucht.

Herr Thyssen z. B. will die Rheinprovinz opfern, um das übrige Deutschland zu retten (Lärm rechts, Hört! Hört! b. Zentrum und Unruhe). Das deutsche Volk wird sich konfessionell nicht wieder gegeneinander hetzen lassen. (Lärm rechts und Rufe: Ihr seid doch die konfessionellen Klassenkämpfer! — Präsident Löbe erteilt mehrere Ordnungsrufe)

Bei den weiteren gegen die Nationalsozialisten gerichteten Ausführungen des Redners kommt es wiederum zu lauten Kundgebungen der Nationalsozialisten, die vom Präsidenten ersucht werden, den Redner nicht zu überschreien. Präsident Löbe weist unter Hinweis auf seine wiederholten, ergebnislosen Ruhemahnungen die nationalsozialistischen Abgeordneten Koch-Ostpreußen, Brückner Heines und Vetter unter stürmischen Zurufen der Nationalsozialisten aus dem Saal. Er erklärt anderen Ruhestörern, deren Namen er im Augenblick nicht feststellen könne, noch nachträglich seine Ordnungsverfügungen zustellen zu wollen.) Der Redner schließt: Es gibt auch einen politischen Hochmut, der vor dem Falle kommt, das werden die Nationalsozialisten bald erfahren. (Lebh. Beifall i. Ztr.).

Der Ansturm der Opposition.

Die Auseinandersetzungen im Reichstag.

Berlin, 8. Februar.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung um 12 Uhr. Zur Geschäftsordnung erhebt zunächst Abg. Stoecker (Komm.) schärfsten Einspruch dagegen, daß in Abwesenheit seiner Fraktion vom Präsidenten die Anträge der Regierungsparteien zur Verschlechterung der Geschäftsordnung und insbesondere der Antrag Rauch-München auf die Tagesordnung gesetzt worden sind. Der Redner beantragt, sämtliche Anträge zur Geschäftsordnung und insbesondere den Antrag Rauch von der Tagesordnung abzusetzen.

Präsident Löbe weist darauf hin, daß er am Schluß der letzten Sitzung wegen der Beschlußunfähigkeit des Hauses genötigt gewesen sei, die Tagesordnung selbst festzusetzen. Der Antrag Rauch, der erst heute zur Verteilung gekommen sei, werde allerdings bei Beanstandung tatsächlich von der Tagesordnung abgesetzt werden müssen. Abg. Gottheiner (Dnt.) beantragt, die von seiner Fraktion bereits im Dezember eingebrachten Mißtrauensanträge gegen die Minister Treviranus, Curtius und Wirth mit der Tagesordnung zu verbinden.

Es wird beschlossen, den Mißtrauensantrag gegen Treviranus jetzt zur Entscheidung zu bringen, die Mißtrauensanträge gegen Dr. Curtius und Dr. Wirth erst später zu erledigen. Der kommunistische Antrag auf Abhetzung der Punkte, die die Reform der Geschäftsordnung und die Strafanträge gegen Abgeordnete betreffen, wird abgelehnt.

Darauf wird die politische Aussprache des Haushalts beim Etat des Reichskanzlers fortgesetzt. Der Präsident ermahnt noch einmal alle Parteien, die Redner ruhig anzuhören.

Abg. Bornemann (Volksnational)

erklärt, seine Freunde seien der Auffassung, daß der Etat auf parlamentarischem Wege erledigt werden müsse. Die Osthilfe dürfe keinen Experimenten unterworfen werden. Notwendig sei eine Volkserneuerung. Schuld an den heutigen Zuständen trage das System, das den Staat zur Beute privater Gruppeninteressen werden lasse. Die Demagogie sei heute zur Staatswissenschaft erhoben.

Abg. Dr. Oberfohren (Dnt.)

wendet sich dagegen, daß der Reichskanzler davon gesprochen habe, Geheimrat Hugenberg habe eine neue Inflation vorgeschlagen.

Er stellt an den Reichskanzler sechs Fragen:

1. Aus welchem Grunde er einer Darlegung, die klar und deutlich von den Gefahren der Deflation spreche, die Absicht der Herbeiführung einer neuen Inflation unterschiebe; 2. ob der Reichskanzler nicht wisse, daß wir uns mitten in einer verhängnisvollen Deflation befinden; 3. ob sein wirtschaftspolitischer Blick nicht erkenne, daß man sich mit den gegebenen furchtbaren Problemen offenen Auges beschäftigen müsse; 4. ob der Reichskanzler vergessen habe, daß schon zweimal das Ausland einen planmäßigen Angriff auf unsere Währung durch Zurückziehung kurzfristiger Kredite unternommen habe und daß die Regierung gegen eine Wiederholung wehrlos sei; 5. daß er bei diesem Zustand der Dinge überhaupt keine selbständige Politik führen könne, und 6 ob er es für möglich halte, diesen Zustand der Dinge als Dauerzustand bestehen zu lassen.

Die Behauptung des Reichskanzlers, dieser habe 1927 Hugenberg einen Vorschlag gemacht, zuerst den deutschen Osten zu entschulden und dann erst an die Reparationsfrage zu gehen, und daß es die Absicht der damaligen Regierung gewesen sei, diesen Vorschlag zu verwirklichen, erklärte der Redner im Einverständnis mit Hugenberg und den damaligen deutschnationalen Ministern für eine Unwahrheit.

Weiter stellt er als Teilnehmer und Hauptredner der Versammlung, in der Thyssen seine jetzt angegriffenen Ausführungen gemacht hat, fest, daß die Hauptgrundlagen, auf die sich der Abg. Joos (Ztr.) bezogen habe, eine Fälschung darstellten. (Hört, hört! b. d. Deutschnationalen.)

Als der Redner seine Ausführungen beendet hat, ertönen auf der Rechten laute Rufe: Der Herr Reichskanzler hat das Wort! — Der Reichskanzler befindet sich augenblicklich nicht im Saale.

Abg. Dr. Kleiner (Dnt.)

hält dem Reichskanzler vor, daß es ihm in seiner Erwiderung an Sachlichkeit und an konkretem Inhalt gemangelt habe. Von der Absicht des Kanzlers, den Schleier von der Sabotage der Osthilfe zu lüften, sei nichts übrig geblieben als eine agitatorische Polemik.

Während der Rede des Abg. Dr. Kleiner kommt es zu einem Zwischenfall. Auf einen sozialdemokratischen Zuruf erwidert der Redner sehr scharf und wird zur Ordnung gerufen. Als die deutschnationalen Abgeordneten Schiller und Dr. Lucaß dem Redner zustimmen, erhalten sie ebenfalls Ordnungsrufe.

Abg. Lucke (Wirtschaftsp.)

erkennt an, daß die Reichsregierung bemüht sei, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Die Wirtschaftspartei habe dem Kabinett Brüning von Anfang an ein gewisses Vertrauen entgegengebracht. Die Deutschnationalen aber hätten in Verkennung der Verhältnisse die Auflösung des Reichstags herbeigeführt. Die Folge sei eine Radikalisierung und eine Verschärfung der Wirtschaftskrise gewesen. Der Redner schließt mit einer Kampfansage an die Nationalsozialisten.

Abg. Döbrich (Dt. Landvolk)

gibt eine kurze Erklärung ab, wonach seine Fraktion den Antrag auf Reichstagsauflösung ablehnt, damit sofortige notwendige Maßnahmen gesetzgeberischer Art im Interesse der notleidenden Landwirtschaft nicht weiter hinausgezögert würden. An der Einstellung der Fraktion habe sich seit ihrer Erklärung im November vorigen Jahres nichts geändert; sie verlange eine Umbildung der Reichsregierung, die dem nationalen Volkswillen entspreche, und werde daher den Mißtrauensanträgen zustimmen.

Abg. Dr. Ley (Nat.-Soz.)

erklärt, im Mittelpunkt der Aussprache habe nicht die Kanzlerrede gestanden, sondern die Rede des Abg. Dr. Goebbels. Der Redner wendet sich dann gegen den Abg. Joos, der einmal sein Erstaunen über die Größe der nationalsozialistischen Gedankengänge, die er in einer Versammlung gehört habe, zum Ausdruck gebracht hätte.

Das Haus geht dann zu den

Abstimmungen über die Mißtrauensanträge

über. Zunächst wird abgestimmt über die nationalsozialistischen und kommunistischen Mißtrauensanträge gegen die ganze Reichsregierung. Für die Mißtrauensanträge stimmen mit den Antragstellern die Deutschnationalen und die Landvolkpartei.

Die Anträge werden mit 293 gegen 221 Stimmen bei 13 Enthaltungen abgelehnt.

(Pfui-Rufe b. d. Komm.) Als dann zur Abstimmung über das deutschnationale Mißtrauensvotum gegen den Reichsminister Treviranus geschritten werden soll, beantragt Abg. Esser (Ztr.) Uebergang zur Tagesordnung, da dieser Antrag durch die Ablehnung des Mißtrauensantrags gegen das Gesamtkabinett sich erledigt hat.

In namentlicher Abstimmung wird dieser Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung mit 312 gegen 206 Stimmen bei 7 Enthaltungen angenommen. Für den Antrag stimmte auch das Landvolk. Es folgt die Abstimmung über den nationalsozialistischen Antrag auf Auflösung des Reichstags durch den Reichspräsidenten.

Der Antrag wird mit 318 gegen 207 Stimmen abgelehnt.

Der kommunistische Antrag, das Gehalt des Reichskanzlers zu streichen, wird mit 314 gegen 207 Stimmen abgelehnt.

Es folgt die namentliche Abstimmung über die Anträge auf Streichung bzw. Kürzung des Gehalts des Reichsministers

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61173089819310210-11/fragment/page=0001

ohne Geschäftsbereich Treviranus.

Das Gehalt wird mit 317 gegen 206 Stimmen bewilligt.

In einer weiteren namentlichen Abstimmung wird der kommunistische Antrag auf Streichung der Dienstaufwandsentschädigungen für den Reichskanzler und den Reichsminister ohne Geschäftsbereich mit 315 gegen 206 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt.

Als Präsident Löbe dann dem Abg. Esser (Ztr.) das Wort zur Geschäftsordnung gibt, ertönen von den Bänken der Kommunisten und der Rechten fortgesetzte Rufe: „Schiebung!"

Unter großer Unruhe beantragt Abg. Esser (Ztr.), um die rechtzeitige Verabschiedung des Haushalts, die anscheinend unmöglich gemacht werden solle, zu sichern, über die noch vorliegenden Aenderungsanträge der Oppositionsparteien zur Tagesordnung überzugehen und ferner über sämtliche Kapitel und Titel des Haushalts, die noch unerledigt sind, in einer Abstimmung gemeinsam abzustimmen. (Stürmischer Widerspruch rechts und bei den Komm. — Große Unruhe.)

Abg. Stoecker (Komm.) erklärt, die Minderheit des Hauses sei nur in der Abwehr gegen die Vergewaltigungsmethoden begriffen.

Der Antrag wird mit 301 gegen 218 Stimmen der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen, der Kommunisten und des Landvolks angenommen.

Ueber den Antrag Esser entsteht eine längere Geschäftsordnungsdebatte, worauf über den Antrag Everling auf Uebergang zur Tagesordnung über den Antrag Esser abgestimmt wird.

Dieser Antrag wird mit 298 gegen 198 Stimmen abgelehnt, der Antrag Esser mit 312 gegen 206 Stimmen angenommen.

Präsident Löbe erklärt, er habe diesen Antrag dahin verstanden, daß durch ihn die restlichen Kapitel und Titel des Haushalts als angenommen gelten sollen. (Widerspruch rechts.)

Abg. Dr. Frick (Nat.-Soz.) tritt dieser Auffassung entgegen und beantragt, die Sitzung zu vertagen. Abg. Dr. Everling (Dnt.) unterstützt diesen Antrag mit der Erklärung, daß der Reichstag heute ja wohl sein Pensum hinsichtlich der Vernichtung demokratischer Rechte erledigt habe. (Heiterkeit rechts.)

Abg. Esser (Ztr.), mit minutenlangen, stürmischen Zurufen „Schiebung!" und „Abtreten!" empfangen, erklärt unter größter Unruhe des Hauses, daß sein Antrag im Sinne des Präsidenten aufzufassen und auch so gedacht gewesen sei.

Damit sind auch die Reste des Haushalts des Reichsministeriums, des Reichskanzlers und der Reichskanzlei angenommen. Das Haus vertagt sich auf Vorschlag des Präsidenten auf Montag 3 Uhr: Aenderung der Geschäftsordnung und Strafverfolgung von Abgeordneten.

Verschärfung der Geschäftsordnung.

Die Arbeitsmethoden des Reichstages.

Die überwiegende Mehrheit der Parteien im Reichstag hat sich jetzt entschlossen, eine Verschärfung der Geschäftsordnung eintreten zu lassen. Es ist damit nicht etwa ein Mundtotmachen der Opposition beabsichtigt, wohl aber eine bessere Sicherung des ungestörten Verlaufs der Reichstagsarbeiten.

Zunächst soll ein Damm gesetzt werden gegen die Flut demagogischer Anträge, mit denen im Interesse irgendeiner Schicht oder eines parteipolitischen Zweckes Ausgaben gefordert werden, ohne daß die Antragsteller sich auch nur im geringsten Gedanken darüber machen, wie die Mittel aufgebracht werden sollen. Künftig werden Anträge von Mitgliedern des Reichstages, die eine Ausgabenerhöhung oder Einnahmensenkung zur Folge haben können, nur dann beraten, wenn sie mit einem Ausgleichsantrag zu ihrer Deckung verbunden sind. Auch dem

Unfug der gehäuften Mißtrauensanträge

soll gesteuert werden. Ein Antrag, der feststellen will, ob der Reichskanzler, die Reichsregierung oder einzelne Mitglieder der Reichsregierung das erforderliche Vertrauen besitzen, darf nur in der Fassung eingebracht werden: „Der Reichstag entzieht dem Reichskanzler (der Reichsregierung, dem Reichsminister) das Vertrauen", und zwar nur in der Vollversammlung. Von dem Recht,

Interpellationen einzubringen,

wird im Reichstag ausgiebig Gebrauch gemacht. Dagegen ist an sich nichts einzuwenden, mußt aber muß die Unsitte scharf bekämpft werden, die Interpellationen zur Beschimpfung politisch Andersdenkender oder zur Hetze gegen Staat und Regierung zu benutzen. Zur Verhütung derartiger Mißstände müssen künftig die Interpellationen knapp und sachlich gefaßt und von 30 Mitgliedern unterzeichnet sein. Die gleichen Bestimmungen gelten auch für die Kleinen Anfragen. Verschärft werden die Folgen einer Wortentziehung insofern, als der Redner, dem das Wort entzogen ist, es in der gleichen Sitzung nicht wieder erhalten kann.

Die übertriebene Herbeiführung von namentlichen Abstimmungen wird leider nicht wirksam bekämpft. Im Gegenteil, es wird geradezu ein Anreiz hierzu mit der Vorschrift geschaffen, daß eine solche namentliche Abstimmung erfolgen muß, wenn 50 anwesende Mitglieder es beantragen.

Die gegenwärtige Reform der Geschäftsordnung kann nur als ein Anfang gewürdigt werden, und man soll im Interesse der Gesundung unseres Parlamentarismus auch vor einschneidenden gesetzlichen Maßnahmen nicht zurückschrecken. Der Zustand z. B., daß ein Haushaltsplan wegen Verschleppung seiner Beratungen durch Notverordnung in Kraft gesetzt wird, ist in einem parlamentarischen Staatswesen eine Unmöglichkeit. Hier wäre eine sehr einfache gesetzliche Vorschrift am Platze, die dahin geht, daß der Haushaltsplan in der von der Regierung vorgelegten Form Gesetz wird, wenn ihn der Reichstag nicht bis zum 1. April verabschiedet hat.

Die Kinderkrankheiten des jungen deutschen Parlamentarismus müssen überwunden werden. Auch England hat in den Anfängen seines parlamentarischen Regierungssystems schweres Lehrgeld zahlen müssen, aber es haben sich doch im Laufe der Entwicklung vorbildliche Arbeitsmethoden und eine hohe Parlamentskultur herausgebildet. Vielleicht entschließt man sich dazu, von jeder Fraktion einmal einen Abgeordneten auf drei Monate zum Studium der britischen Parlamentsarbeit nach London zu schicken, und läßt sie dann, zu einem Sonderausschuß zusammengeschlossen, eine Geschäftsordnung für den Reichstag ausarbeiten!

Neue Rede des Reichskanzlers

Der Reichstag soll sich freiwillig vertagen

Münster, 9. Februar.

Auf der Kundgebung des Westfälisch-Lippischen Handwerkerbundes sprach auch Reichskanzler Dr. Brüning: Manche Kreise im Volke seien der Ueberzeugung, daß das, was die Reichsregierung bislang getan und was sie als nächste Maßnahmen angedeutet habe, nicht dasjenige Tempo aufweise, was der Größe der augenblicklichen Not entspreche. Die Kritik sei berechtigt. Aber die Fehler der letzten zwölf Jahre ließen sich nicht an einem Tage aus der Welt schaffen. Gerade die höchste Zeit peitsche am stärksten an, um außergewöhnliche Reformen durchzuführen, und die höchste Not zwinge auch, den höchsten Glauben auf die eigene Kraft aufzubringen.

Glauben Sie nicht, so sagte der Reichskanzler, daß die Regierung auch nur im geringsten in der Lage ist, das deutsche Volk in dem Sturz den Berg hinunter aufzuhalten allein durch gesetzgeberische Maßnahmen. Das Einzige, was das deutsche Volk in dieser verzweifelten Stunde retten kann, ist der Glaube an sich selbst und an seine Kraft. Dieser fängt an in dem Augenblick, in dem das Volk Vertrauen zu seiner Regierung hat. Die Zeit für Resolutionen ist vorüber. Die müssen wir denjenigen überlassen, die eine politische Inflation und den Ausbau nur in großen Worten und gedruckten Redensarten und Resolutionen bringen.

In ihren Maßnahmen, fuhr Dr. Brüning fort, müsse die Regierung parlamentarisch vorgehen. Bezüglich der Reparationslasten erklärte er, niemand werde glauben, daß die Reparationslasten dauernd zu erfüllen seien. Aber anzunehmen, daß sie die einzige Fehlerquelle für die heutigen schweren Verhältnisse seien, treffe nicht zu. Erst müsse im eigenen Innern Ordnung und planmäßige Finanzwirtschaft Platz greifen. Unbedingt notwendig sei, zu einer Vereinfachung der Steuergesetze zu kommen. Wenn der Reichstag den Landwirtschaftsetat und die Osthilfe erledigt habe, habe er genug getan, und es wäre wünschenswert, wenn er nach dieser Arbeit eine größere Pause machen würde, aber freiwillig. Die Regierung könne das an die schwierigen Fragen der Reform einzelner Teile der Sozialversicherung und Wohnungswirtschaft herangehen und diese Gesetze später dem Reichstag unterbreiten.

Deutsche Volkspartei für Volksbegehren

Berlin, 9. Februar.

Der Pressedienst der Deutschen Volkspartei teilt mit: Der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, hat dem Parteiführer der Deutschen Volkspartei, Abgeordneten Dingeldey, offiziell von der Einbringung des Volksbegehrens zur Auflösung des Preußischen Landtags Mitteilung gemacht. **Abg. Dingeldey hat darauf geantwortet, daß die Deutsche Volkspartei das Volksbegehren unterstützen werde.**

Das Bundesamt des Stahlhelms teilt mit, daß in der Angelegenheit des Volksbegehrens bereits bei der Anmeldung des Volksbegehrens Anweisung erteilt worden sei, daß in den beiden Landesverbänden Berlin und Brandenburg die 20 000 Unterschriften gesammelt werden, die gesetzmäßig vorgeschrieben seien. Die dafür nach Vorschrift gedruckten Listen werden bereits bei den Ortsgruppen ausgefüllt.

Das Deutschtum behauptet sich.

Anklagerede eines deutschen Abgeordneten.

Warschau, 7. Februar

Gelegentlich der zweiten Lesung des Staatshaushalts nahm der deutsche Sejmabgeordnete aus Ostoberschlesien Franz das Wort. Der Abgeordnete fragte, ob man endlich aufhören werde, die Deutschen in Polen zu bekämpfen

Die Deutschen Polens hätten die nach der Ratstagung wiedererstandene Hoffnung aufgeben müssen, denn schon heute kündigten der Regierung nahestehende Blätter an, daß von einer Aenderung des Systems der Behandlung der deutschen Minderheiten in Polen trotz der Zugeständnisse in Genf keine Rede sein könne.

So schreibe beispielsweise das offizielle Organ des schlesischen Wojewoden „Polska Zachodnia" zum Raisbericht, daß nur dumme Menschen bösen Willens oder Canaillen empfehlen könnten, sich in falscher Furcht vor den Anklagen des Volksbundes und des ihn unterstützenden Deutschen Reiches zu retten. Nicht die unsinnigen Ausführungen der „Polska Zachodnia" nähmen jedoch den Deutschen die Hoffnung auf eine Besserung der Verhältnisse, sondern die Tatsache, daß derartige Ausführungen eines regierungsfreundlichen Blattes geduldet werden.

Zum Schluß erwähnte noch der Redner, daß gelegentlich einer am 1. 2. vorgenommenen Neuwahl zur Gemeindevertretung des ostoberschlesischen Ortes Schopenitz 220 deutsche Stimmen abgegeben worden seien gegenüber 2740 bei den am 16. 11. abgehaltenen Wahlen zum schlesischen Sejm. Trotz der Tatsache, daß bei den Gemeindewahlen vier Jahrgänge ausfielen — das Wahlalter beginnt nämlich bei den Kommunalwahlen erst mit dem 25. Lebensjahr — wären also rund 500 Stimmen mehr abgegeben worden. Bei den Gemeindewahlen am 1.. 2. habe eben im Gegensatz zu den Sejmwahlen kein Terror geherrscht. So sehe also der sogenannte Entdeutschungsprozeß aus.

Polen will deutsche Kolonien.

Die offiziöse „Gazeta Polska" spricht sich für die Notwendigkeit einer intensiven polnischen Kolonial-Propaganda aus. Polens Recht zum Erwerb eigener Kolonien sei durch seine Bevölkerungsverhältnisse begründet. Der Bevölkerungszuwachs betrage in Polen etwa 15 pro Mille, in Deutschland 10 pro Mille und in Italien 7 pro Mille. Polens Bevölkerung vermehrt sich jährlich um eine halbe Million. Die Hälfte dieser Menge wandere jährlich aus, um nach Absperrung der Ueberseeländer in den verschiedenen Teilen Europas der Ausbeutung und Entnationalisierung zum Opfer zu fallen.

Sollte jemals ein Rückerwerb der Kolonien durch Deutschland aktuell werden, so müßte auch Polen einen solchen Teil des früheren deutschen Kolonialbestandes erhalten, der dem ehemaligen Anteil an Gebiet und Wirtschaft des Vorkriegsdeutschland entsprechen würde.

Aus den weiteren Darlegungen der offiziösen polnischen Zeitung geht hervor, daß sie Kamerun als ein geeignetes Objekt zur Befriedigung der polnischen Kolonialwünsche betrachten.

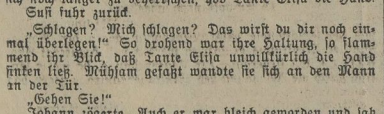
Kleine politische Meldungen.

Der 130-Millionen-Kredit abgeschlossen. Der 130-Millionen-Kredit für die Reichsversicherungsanstalt ist abgeschlossen worden.

Katastrophale Arbeitslosenziffern in Danzig. Seit Bestehen des Freistaates Danzig hat die Arbeitslosigkeit noch nie einen derartig katastrophalen Umfang angenommen wie in diesem Krisenwinter.

Sparmaßnahmen bei den österreichischen Bundesbahnen. Der Generaldirektor der Bundesbahnen hat den Vertretern der Gewerkschaften einschneidende Sparmaßnahmen angekündigt, die sich auf die Personalbezüge erstrecken sollen.

Die serbische Bewegung gegen die Vertragsrevision. Durch die auf französische Veranlassung gegründete Antirevisionsliga soll die Bevölkerung aufgefordert werden, gegen die ausländische Revisionspropaganda Stellung zu nehmen und für die Friedensverträge einzutreten.



32. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Da sprang Susi zitternd aus dem Sessel, ballte die kleinen Händchen und rief empört: „Nur Pa hat über Entlassungen zu entscheiden!"

Einige Sekunden herrschte lautlose Stille im Raum. Eine unheilschwangere Ruhe, nur jener vergleichbar, die einem furchtbaren Unwetter vorauszugehen pflegt. Dann brach aber auch schon das Gewitter mit elementarer Gewalt los.

„Susanne! Bist du denn von Sinnen? Du wagst es, mir in Gegenwart eines Dienstboten zu widersprechen?"

„Johann ist kein Dienstbote, Tante! Pa hat ihn mit seiner Frisur engagiert. Und die bleibt so!"

„Daß ich dir nicht gleich — —!" Krebsrot und unfähig, sich noch länger zu beherrschen, hob Tante Elisa die Hand.

Susi fuhr zurück.

„Schlagen? Mich schlagen? Das wirst du dir noch einmal überlegen!" So drohend war ihre Haltung, so flammend ihr Blick, daß Tante Elisa unwillkürlich die Hand sinken ließ. Mühsam gefaßt wandte sie sich an den Mann an der Tür.

„Gehen Sie!"

Johann zögerte. Auch er war bleich geworden und sah mit zusammengepreßten Lippen zu der Komteß hinüber, die die aufsteigenden Tränen herunterzukämpfen tapfer bemüht war.

„Hinaus!" schrie Tante Elisa erbost. „Und morgen mittag punkt Zwölf hier angetreten, sonst — — Sie wissen ja wohl Bescheid!"

Da verließ er wortlos das Zimmer.

„Nun zu dir!" wandte sie sich zornbebend an die Nichte. „So ein ungeratenes Geschöpf bist du also! Sich auf Seiten der Dienstboten zu stellen! Pfui, schäme dich! Das ist Aufruhr! Meuterei! Das — das ist der Gipfel aller deiner bisher gelieferten Schandtaten!"

Sie lachte hart auf.

„Dein heutiges Betragen wirst du noch bereuen! Ich werde deinem Vater alles berichten. O," brach sie in Tränen aus, „wie merkt man hier auf Schritt und Tritt die fehlende, sorgende Frauenhand!"

„Besonders die deine hat uns hier noch gefehlt!" erwiderte Susi giftig. „Gerade die, die du vorhin so zärtlich erhoben hast!"

„Schweige!" Klatschend fuhr ihre Hand auf den Tisch. „Marsch! Auf dein Zimmer jetzt mit dir! Du wirst es heute zur Strafe nicht mehr verlassen! Und morgen wirst du mich für dein heutiges Betragen um Verzeihung bitten! Davon wird es abhängen, ob ich deinen Stubenarrest aufheben werde oder nicht. Im übrigen schreibe ich noch heute deinem Vater, damit er weiß, was für ein Früchtchen von Tochter er sein eigen nennt. So, nun geh!"

Susi ging. Nein, sie lief. Nein, sie stürmte. Zum Schloß hinaus und zur Garage hinüber.

„Johann! Johann!"

„Gnädigste Komteß?"

Bleich, sehr bleich, eine düstere Falte auf der Stirn, tauchte des Chauffeurs Gestalt aus dem Hintergrund des Schuppens auf.

„Machen Sie sich und den Wagen für eine größere Reise fertig, Johann!"

Er starrte sie an. „Gnädigste Komteß wollen — —?"

„— ausrücken!" Schluchzend sank sie auf das Trittbrett des in der Garage stehenden Kraftwagens. „Ich ertrage es nicht länger. Den ganzen Tag nur Schikanen. Von morgens bis abends. O, daß Pa auch so lange fortbleiben muß!"

Schluchzend preßte sie das Taschentuch vor die Augen.

Johann wurde es ganz eigen zumute. Er hätte die Hand ausstrecken, ihr Köpfchen streicheln und sie tröstend an sich ziehen mögen. Und tat es dennoch nicht —

„Gibt es denn keine andere, keine bessere Lösung, Komteß?" murmelte er nur. „Vielleicht — —"

Aber Susi wehrte ab.

„Keinen Tag bleibe ich länger hier! Keinen Tag! Einsperren will sie mich! Und um Verzeihung soll ich sie bitten!"

„Und — — und das alles — — das alles eigentlich nur meinetwegen!" sagte er bedrückt. „Nur darum, weil Sie sich für mich einsetzten!"

Da lächelte sie unter Tränen und sah zu ihm auf: „Sprechen Sie nicht so, Johann. Pa ist es ganz gleich, wie Sie Ihre Haare tragen, das wissen Sie ja. Die Tante geht es nichts an. Und — und mir gefallen Sie eben so am besten, basta!"

Befreiend lachte er auf. Susi trocknete ihre Tränen und erhob sich. „Morgen früh fahren wir ab!"

„Morgen schon?" Und als sie lebhaft nickte, fragte er leise: „Wieder ins Blaue hinein?"

„Nein," erwiderte sie errötend, „diesmal nach Berlin. Ich könnte ja auch zu meinem Vater nach Pommern, aber das möchte ich nicht der Leute wegen. Und dann ist es ihm vielleicht auch nicht recht. Nein, wir fahren nach Berlin. Dort wohnt Fräulein von Weißbach, eine alte Dame, die früher Lehrerin im Adelsstift war, wo auch ich mich eine zeitlang befand. Fräulein von Weißbach und ich verstanden uns glänzend. Sie war faktisch der einzig vernünftige Mensch dort. Vor einem halben Jahr ist ihr Bruder gestorben, der ihr ein hübsches Landhaus hinterließ. Dort wohnt sie nun, seitdem sie ihren Beruf an den Nagel gehängt hat. Erst vor vier Wochen hat sie an Pa und mich einen netten Brief geschrieben. Dorthin fahren wir. Das alte Fräulein nimmt mich mit tausend Freuden auf."

„Und wie lange?"

„Ach, nur ein paar Tage. So lange, bis Pa wieder aus Pommern zurück ist."

Johann kratzte sich bedenklich hinter dem Ohr. „Gnädigste Komteß stellen sich so etwas gewiß zu einfach vor!"

„I wo. Geld nehme ich mit. Dazu brauche ich meine Tante nicht. Na, und Proviant — Sie wissen ja, wie ich das Zeug in nötigen Mengen und ausgesuchter Qualität zu finden weiß. Gehen Sie man morgen früh wieder in die Waschküche! Also abgemacht! Kein Mensch braucht etwas zu erfahren!" (Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61173089819310210-11/fragment/page=0002

Aus der Heimat und dem Reiche.

Kemberg, den 9. Februar 1931

* Bei der hiesigen Sparkasse gingen im Monat Januar 1931 75763 RM neue Einlagen in 409 Posten ein (1930 65836 RM); verausgabt wurden 56011 RM Einlagen in 317 Posten (1930 45527 RM). Der Gesamteinlagenbestand beträgt 1431528 RM (1930 1218221 RM). Der Umsatz auf Kassakonto wurde mit 308187 RM festgestellt (1930 286350 RM). Der Gesamtumsatz beziffert sich auf 1042520 RM (1930 998388 RM). Die Gesamtbuchungen betragen 3610 (1930 2305).

* **Fahrpreis-Ermäßigung für 1931.** Nach den Tarifbestimmungen der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft verlieren die für Jugendpflege-Fahrten ausgestellten Bescheinigungen über Fahrpreis-Ermäßigung, in denen vor allem die behördliche Anerkennung ausgesprochen wird, mit Ablauf des Jahres 1930 ihre Gültigkeit. Für die folgenden Jahre 1931/32 wird bei Gewährung der Fahrpreis-Ermäßigung die Bescheinigung auf weißer Karte verlangt. Alle zur Inanspruchnahme der Fahrpreis-Ermäßigung berechtigten Jugendvereinigungen werden von zuständiger Stelle darauf aufmerksam gemacht, daß sie sich umgehend um die neue Bescheinigung bemühen müßten. Die Führer-Ausweise behalten nach wie vor ohne Zeitbescheinigung Gültigkeit.

* Am Freitag abend wurde der Arbeiter Albert Thiele von einem raschen Tode ereilt. Er verweilte mit seinen Angehörigen in seiner Wohnung. Er hatte auf dem Hofe noch etwas zu erledigen und als er zu lange ausblieb und seine Angehörigen nach dem Verbleib forschten, fanden sie ihn tot im Schnee liegen. Ein Herzschlag hat wahrscheinlich dem noch sehr rüstigen Mann ein schnelles Ende bereitet.

* Um den Einwohnern von Kemberg und Umgegend die Möglichkeit zu geben, **Venedig um Mitternacht** zu erleben, haben wir uns entschlossen, eine Fahrt nach Venedig zu finanzieren. Es ist uns gelungen, eine fabelhafte Verbindung mit Venedig herzustellen. Durch die erst Ende voriger Woche erfundenen und bisher in der ganzen Welt noch nicht bekannten Dixi-Raketen ist es möglich, Venedig in wenigen Sekunden zu erreichen. Der Erfinder der Raketen, ein Kemberger, hat, um allen Landsleuten die Fahrt zu ermöglichen, die Fahrpreise so festgesetzt, daß sie als Bagatelle bezeichnet werden müssen (Herren 1,— und Damen 0,60 Mk.). Wir laden die Einwohner von Kemberg und Umgegend recht herzlich zur Mitfahrt ein. Die Fahrtteilnehmer treffen sich am Sonnabend im Blauen Hecht. Der Abschuß der Raketen erfolgt von abends 7½ Uhr ab. Zu diesem Zeitpunkt beginnt auch der Verkauf von Fahrkarten. In dem Fahrpreise ist die Teilnahme an allen Veranstaltungen einbegriffen. Rückfahrt von Venedig auf Wunsch **M.-T.-B.**

Radis, 7. Febr. (Im Schnee tot aufgefunden.) Heute morgen wurde am Buchholzweg an der großen Eiche unweit der sogen. Lehmkeuten von Holzhackern der hier allbekannte 65jährige Jagdaufseher Wilhelm im Schnee liegend tot aufgefunden. Der unerwartet Entschlafene hatte sich am Donnerstag mittag zur Wildfütterung nach dem nahen Wald begeben, und ist hierbei anscheinend auf dem Nachhauseweg von einem Schlaganfall betroffen worden. der seinem arbeitsreichen Leben in treuer Pflichterfüllung ein jähes Ende bereitete. Seine besorgten Angehörigen hatten mit hilfsbereiten Freunden bereits am gestrigen Freitag das Waldgelände nach dem Verschollenen vergebens abgesucht, bis die Holzhacker endlich heute morgen seinen Leichnam mit Schnee bedeckt entdeckten.

Stillegung des Kleinleipischer Grubenbetriebs.

Bad Liebenwerda. Während durch die Wiederinbetriebnahme der Steingutfabrik in Elsterwerda eine leichte Besserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt eingetreten war, hat das katastrophale Stocken des Absatzes an Braunkohle jetzt wieder einen Rückschlag gebracht. Die Braunkohlen- und Brikettindustrie A.-G. (Bubiag), Betriebsdirektion Mückenberg, sieht sich genötigt, ihren gesamten Gruben- und Abraumbetrieb bei Kleinleipisch stillzulegen und hat vorbehaltlich der Genehmigung des Demobilmachungskommissars zum 14. Februar der gesamten Belegschaft gekündigt. Außerdem ermägt die Bubiag, für ihre sämtlichen Betriebe nur noch an zwei Tagen der Woche arbeiten zu lassen, während bisher wenigstens noch an drei Tagen gearbeitet wurde.

Bad Liebenwerda. Eingestelltes Verfahren. Am 22. Dezember 1930 drangen in die Nebenstelle der Kreisparkasse in Plessa zwei maskierte Männer ein und verlangten mit vorgehaltenem Revolver die Herausgabe der Tageskasse. Es fielen ihnen über 1000 RM in die Hände. Auf der Flucht schossen sie auf ihre Verfolger und konnten unerkannt entkommen. Es ist auch danach nicht gelungen, die Täter zu ermitteln. Die Staatsanwaltschaft in Torgau hat das Verfahren eingestellt.

Halle. Politische Entgleisungen. Die NSDAP hielt in der Saalschloßbrauerei eine öffentliche Versammlung ab mit dem Thema „Was geht im deutschen Osten vor?" Der Redner, Lindemann-Meseritz, erklärte u. a.: „Der Reichsernährungsminister Schiele ist zwar im Osten gewesen und hat große Versprechungen gemacht, entweder ist er zu dumm oder er will nicht helfen. Bei der nächsten Wahl sind wir dran, dann ziehen wir mindestens mit 180 Abgeordneten ein. Dann gehen zwei Braunhemden vor die Tür des Ministerpräsidenten Braun und sagen ihm: „Setzt kannst Du gehen. Du mußt Dich aber mit frischgewaschenen Füßen und Hemd melden, d. h. wenn Du arbeiten willst!" Da der Versammlungsleiter der an ihn gerichteten polizeilichen Aufforderung, wegen dieser Aeußerung gegen den Redner einzuschreiten, keine Folge leistete und aus der Reihe der Versammlungsbesucher mit Bezug auf den einschreitenden Polizeibeamten Rufe ertönten, wie „Schmeißt ihn runter", wurde die Versammlung aufgelöst. Die Auflösung wurde ohne größere Zwischenfälle durchgeführt. Ein Nationalsozialist, der auf den aufsichtführenden Polizeioffizier mit einem Stuhl eindrang, wurde festgenommen, desgleichen ein weiterer Nationalsozialist, in dessen Besitz eine Hiebwaffe (Spiralfeder) vorgefunden wurde. Beide werden dem Schnellrichter vorgeführt.

Bernterode. Stillegung des Kaliwerks. Infolge der schlechten Absatzlage und der Häufung der Lagervorräte soll, wie verlautet, das Kaliwerk Bernterode stillgelegt werden. Als Termin für die Stillegung ist Anfang März in Aussicht genommen.

Thale. Neue Heilquelle. Ein Wünschelrutengänger hat in der Oberstadt eine Mineralwasserquelle festgestellt, die etwa 38 Meter tief liegt. Die Untersuchungen haben eine starke Radiumaktivität des Wassers ergeben, so daß die Quelle als Heilquelle angesprochen werden kann.

Stendal. In Berlin verhaftet. Wie wir seiner Zeit berichteten, wurde im Stadtteil Röze die Witwe Sentpiehl von ihrem Sohn Hönicke und seinem Freunde Varganz gemeinsam überfallen und schwer mißhandelt, um einen Diebstahl ausführen zu können. Nachdem Varganz kurze Zeit später festgenommen werden konnte, gelang jetzt die Verhaftung des steckbrieflich verfolgten Hönicke unter eigenartigen Umständen in Berlin. In der dortigen Charite wohin sich Hönicke wegen einer Fußverletzung begeben hatte machten Kriminalbeamte einen Rundgang und entdeckten dabei Hönicke. Er wurde verhaftet und soll nach Stendal übergeführt werden.

Zerbst. Zur Zerbster Mordsache. Die Vernehmung des verhafteten Arbeiters Grosse hat zu einer restlosen Aufklärung des Verbrechens an der Witwe Görndt geführt. Der Täter hat nach seinem eigenen Geständis mit seinem 18jährigen Bruder die Frau am 22 Januar in ihrer Wohnung überfallen, mit einem Eisenstat zu Boden geschlagen und dann erwürgt. Dann haben sie die Wohnung nach Geld usw. durchsucht. Die beiden Brüder legten ein umfassendes Geständnis ab. Da auch die Stiefmutter der beiden Mörder, Frau Lehmann, nach der Tat in diese eingeweiht worden ist und den Raub verborgen hat wurde auch sie verhaftet.

Neugattersleben. Blutiger Kampf mit Wilderern. Zwei Forstbeamte überraschten in der Brumbyer Flur zwei Wilderer beim Schlingenstellen. Als diese die Beamten bemerkten, eröffneten sie sofort das Feuer. Aus von den Forstbeamten erwidert wurde. Dabei wurde einer der Wilderer durch einen Lungenschuß schwer verletzt und mußte dem Bernburger Krankenhaus zugeführt werden Sein Komplize konnte entkommen.

Neues aus aller Welt.

Zum Mordanschlag in der Reichsbahndirektion Berlin. Der Unfallrentenempfänger Freese, der im Geschäftsgebäude der Reichsbahndirektion Berlin mehrere Schüsse auf den Reichsbahndirektor Zander abgab, hat im Eisenbahndienst im Jahre 1914 einen Unfall erlitten. Er war in der Fahrkartenausgabe ausgeglitten und auf den Hinterkopf gefallen. Infolge dieses Unfalls litt er an rein nervösen funktionellen, migräneartigen Beschwerden, die ihn zunächst völlig erwerbsunfähig machten. Bis zum Jahre 1916 hat sich sein Leiden jedoch zwei Gutachten, darunter eins des von Freese selbst gewählten Arztes, so weit gebessert, daß die Erwerbsunfähigkeit nur noch 50 Prozent betrug. Die auf Grund dieser Gutachten festgesetzte Unfallrente von 50 Prozent ist auch vom Reichsversicherungsamt bestätigt worden. Das Ergebnis nochmaliger Nachuntersuchungen, zum letzten Male im Jahre 1930, ermöglichte es, Freese seine 50prozentige Rente in Höhe von 50,19 Rm. monatlich zu belassen. Es ist daher bisher nicht aufzuklären gewesen, was Freese zu seiner Tat veranlaßt hat, zumal der Reichsbahndirektor Kasack, dem die Schüsse eigentlich gelten sollten, infolge eines Dezernatswechsels seit 1920 mit der Angelegenheit nicht mehr befaßt war. Der Zustand des verletzten Direktors Zander ist nach wie vor ernst.

Feuergefechte mit Einbrechern. Einbrecher versuchten, in das Konfektionsgeschäft von Manes in Berlin, Chausseestraße 63, einzudringen. Sie wurden durch Nachbarn beobachtet, die das Ueberfallkommando alarmierten. Zwischen der Polizei und den Einbrechern kam es zu einem Kampf, bei dem auf beiden Seiten mehrere Schüsse abgegeben wurden. Den Verbrechern gelang es jedoch schließlich, zu entfliehen, allerdings ohne irgendwelche Beute gemacht zu haben. Im Keller fand man in einer Aktentasche allerlei Einbrecherwerkzeuge. — In der Petersburger Straße 11 drangen Einbrecher durch eine zerschlagene Schaufensterscheibe in die Geschäftsräume ein und raubten Liköre im Werte von über 100 Rm. Die herbeigerufene Polizei gab auf die Einbrecher mehrere Schüsse ab und konnte zwei Personen verhaften

Zusammenstöße bei der Beisetzung erschossener Kommunisten. Unter starker Beteiligung fand die Beisetzung der bei der politischen Schlägerei in Charlottenburg getöteten zwei Kommunisten statt. Zu den Beisetzungsfeierlichkeiten wollte sich auch ein kommunistischer Demonstrationszug aus dem Norden Berlins über die Fennbrücke nach dem Westen begeben. An der Brücke wurde der Zug jedoch von der Polizei aufgelöst. Dabei wurden 22 Personen zwangsgestellt. Ein Teil der Verhafteten wurde nach Feststellung der Personalien wieder entlassen, während die übrigen dem Polizeipräsidium zugeführt wurden.

Schweres Bootsunglück im Hamburger Hafen. Ein schweres Unglück ereignete sich im Hamburger Hafen. Ein mit zehn Personen besetztes Ruderboot wurde von einem Schlepper, der einen Leichter im Tau hatte, überrannt. Das Boot geriet zwischen Schlepper und Leichter und wurde zerquetscht. Dabei wurden zwei Bootsinsassen getötet, während zwei weitere erheblich verletzt wurden. Die übrigen Insassen wurden gerettet.

Festnahme einer großen Einbrecherbande. Der Kriminalpolizei in Dortmund ist es gelungen, einer gutorganisierten Einbrecherkolonne auf die Spur zu kommen, deren Mitglieder in der letzten Zeit eine große Reihe von schweren Einbrüchen ausgeführt hatten. Durch einen überraschenden Zugriff der Kriminalpolizei konnte die Einbrecherbande, die aus sieben Personen, darunter mehreren Frauen, bestand, hinter Schloß und Riegel gebracht werden. Der Gesamtwert der von der Bande im Laufe der letzten Zeit gestohlenen Sachen beläuft sich nach den bisherigen Feststellungen auf über 40 000 Rm.

Rätselhaftes Gasunglück in Koblenz. In einem Hause des Koblenzer Vororts Neuendorf bemerkte ein Ehepaar Gasgeruch. Das Ehepaar begab darauf sofort in die Wohnungen des Hauses und fand im ersten Stockwerk vier schlafende Kinder im Alter von 8 bis 17 Jahren, die durch das Gas bereits betäubt waren. In der Küche im Erdgeschoß wurde der Schwager des Hausbesitzers ebenfalls vergiftet aufgefunden. Von Aerzten ausgeführte Wiederbelebungsversuche hatten bei den Kindern Erfolg, während der Schwager des Hausbesitzers nicht mehr ins Leben zurückgerufen werden konnte. Die Ursache des Unglücks konnte bisher noch nicht festgestellt werden. Die einen behaupten, daß Gas aus der Leitung ausgeströmt sei, die anderen dagegen sind der Ansicht, daß es sich um giftige Gase handele, die aus einer Dunggrube durch die Kanalisation in das Haus gelangt seien. Das Unglückshaus wurde polizeilich geräumt

Wegen Beleidigung des Reichsernährungsministers Schiele verurteilte am Sonnabend das Große Schöffengericht Burg den Kaufmann Paul Kropisch aus Döberburg bei Staßfurt zu einem Monat Gefängnis. Dem Reichsernährungsminister wurde Publikationsrechts zugebilligt — Kropisch hatte als nationalsozialistischer Agitator behauptet, Minister Schiele habe noch am 28. März 1930 für sein Gut Schollene im Kreise Jerichow II aus Polen 900 Zentner Gerstengetreide einführen lassen, um die am nächsten Tage eintretende Zollerhöhung nicht zahlen zu müssen. Der Minister habe dadurch die polnische Landwirtschaft zu Ungunsten der deutschen geschützt und von der bevorstehenden Zollerhöhung gewußt. Reichsminister Schiele hatte demgegenüber eidlich erklärt, daß er erst am 30. März Minister geworden sei; er habe also „von amtswegen" von einer Zollerhöhung nichts wissen können. Seine Gutsverwaltung habe, wie schon öfter, 300 Zentn. Gerstengetreide gekauft und er von dem Abruf des Getreides nichts gewußt, ihn aber später gebilligt Solange die deutsche Landwirtschaft auf den Bezug ausländischer Futtermittel angewiesen sei, könne einem einzelnen Landwirt, der sich dieser Notwendigkeit beugen müsse, kein Vorwurf gemacht werden. Er habe übrigens durch seinen scharfen Abwehrkampf gegen ausländische Futtermittel bewiesen, daß er eine Agrarpolitik ohne Rücksicht auf persönliche Interessen getrieben habe. Der Oberstaatsanwalt hatte gegen den Angeklagten vier Monate Gefängnis beantragt Der Angeklagte legte gegen das Urteil sofort Berufung ein.

Der Gesundheitszustand in Deutschland.

Nach den Veröffentlichungen des Reichsgesundheitsamts haben die in Deutschland gemeldeten Erkrankungen und Sterbefälle an übertragbaren Krankheiten bei der Zivilbevölkerung folgende Zahlen ergeben: 1929 1 Erkrankung an Fleckfieber, die tödlich verlief, und 2 Pockenerkrankungen; 1930 kein Fleckfieber und 2 Pockenerkrankungen. Die Zahl der Diphtherieerkrankungen betrug 1930 69 179 mit 4160 Todesfällen gegenüber 49 032 Krankheits- mit 3113 Todesfällen im Jahre 1929. Die Genickstarre zeigte 1930 einen Rückgang ,und zwar auf 675 Fälle (313 tödlich) gegenüber 995 Erkrankungsfällen 1929 mit 450 Todesfällen. Einen Rückgang wiesen auch die Scharlacherkrankungen auf mit 70 508 Krankheits- und 720 Todesfällen gegenüber 95 224 Krankheits- und 960 Todesfällen 1929. Dagegen hat die spinale Kinderlähmung einen leichten Zugang erfahren, und zwar auf 1333 Fälle, von denen jedoch nur 119 tödlich endeten, gegenüber 1104 Fällen 1929 (128 tödlich). Der Unterleibstyphus zeigt einen Rückgang, 1930 betrug die Zahl der Erkrankungen 4768 mit 459 Todesfällen, 1929 jedoch 5632 Erkrankungen und 599 Todesfälle. 1930 wurden 2409 Ruhrerkrankungen festgestellt, von denen nur 117 tödlich endeten, während im Jahre 1929 zwar die Erkrankungsziffer nur 2384 betrug, die Sterbefälle jedoch 221 erreichten. Das Kindbettfieber hat sich in den beiden Jahren ungefähr auf der gleichen Höhe gehalten; es betrug 6664 Fälle mit 1778 Todesfällen im Jahre 1930 gegenüber 6467 Erkrankungen und 1853 Todesfällen im Jahre 1929.

Liebe im Schnee.

Da hat man eine merkwürdige Anzeige bekommen: „Von einer Skitour grüßen als Verlobte . . .!" Das ist wenigstens nichts Alltägliches, es macht einem Spaß, so etwas zu lesen. Haben sich da irgendwo beim Wintersport zwei Menschen gefunden, die sich ein Herz und eine Seele glauben. Sie sind vielleicht zusammen auf den Höhgern zu Tal gefahren; möglich, auch daß dieses Kennenlernen aus einer unglücklichen Situation heraus geboren wurde, weil „sie" vielleicht zu Fall kam und der rettende Kavalier nicht auf sich warten ließ. „Liebe im Schnee" — denkt man. Davon hat man ja schon allerlei gehört. Ja, sogar eine gleichnamige Operette beschreibt uns die Geschichte zweier Menschen, die sich da oben in den Bergen oder in St. Moritz für immer gefunden haben. Gerade hier, in St. Moritz, in Garmisch-Partenkirchen, wo sich der elegante Wintersport abspielt, kann man ja so manchen Flirt beobachten, und warum soll es nicht denkbar sein, daß aus diesem ersten Flirt eine wirklich große Liebe wird!

Ueberall blendet die in Weiß gehüllte Welt unsere Augen, überall lädt der Schnee zum Wintersport ein, und es scheint, als währte diese Freude noch eine ganze Weile, weil das Winterwetter und der Frost so beständig sind. „Liebe im Schnee" — man denkt selbst an dieses oder jenes kleine Erlebnis aus früheren Jahren zurück. Vielleicht daran, wie man als Primaner dem Backfisch auf der Rodelbahn den ersten heimlichen Kuß stahl. Man erinnert sich daran, daß im Wintersport sich alles zu fröhlichem Tun eint, daß gegiffermaßen alles ein Herz und eine Seele ist. Und schließlich weiß man, daß der traditionelle Grog im Anschluß an jede Berg- oder Rodeltour die Menschen einander näher bringt. Es ist so oft die Liebe im Lenz besungen worden, man hat so viel von den prächtigen Sommernächten der Liebe gesprochen. Warum also soll es nicht auch einmal anders sein! Ist sie nicht sehr naheliegend, diese Liebe im Schnee? Es ist ein Fest, zu dem Mutter Natur ihr weißes Kleid angezogen hat!

Bücher- und Zeitschriftenschau.

Ein interessantes Preisausschreiben veranstaltet die Schriftleitung der bekannten „Wahren Geschichten" (Verlag Dr. Selle-Eysler A.-G., Berlin SW. 68, Markgrafenstraße 77), um festzustellen, welche Art der von ihr veröffentlichten Lebensbeichten den Lesern am besten gefällt. — Die soeben erschienene Februar-Nummer enthält die Bedingungen und Preise. Das Heft ist für 50 Pfg. überall zu haben.

„Lebensfragen", die Briefe eines Philosophen — jetzt an seine junge Frau, beginnen in der neuesten Nummer von **„Das Heft"**, die Zeitschrift der Frau. Unter dem Titel „Ideologie und Technik" findet die Leserin einen Bericht über das „Institut für Raum- und Bau-Akustik, Kirchenbau, Orgel-, Glockenwesen und Kirchenmusik" in Berlin, der auch Aufschluß gibt über die Berufsmöglichkeiten eines solchen Studiums. Eine reihe interessanter Aufsätze: „Zeitige Prognosen über das Frauenstudium", „Weibliches Wesen — männliche Ideologie", „Die Bedeutung der Frau im literarischen Publikum", „Ich bin eine Frau und gründe eine Firma", zeigen in verschiedenster Weise die Bedeutung der Frau im Berufsleben und auf geistigem Gebiet. Neben den beiden laufenden Romanen „Anita denkt an Dich . . ." von Franz Harper und „. . . noch bleibt der Weg nach El Oro" von Nanny Lamprecht findet die Leserin illustrierte Aufsätze und Kurzgeschichten, einen ausführlichen Theaterbericht und eine größere Anzahl von Butterick-Modellen, zu denen sie die garantiert gut sitzenden Schnittmuster erhält. Und bei dem Erraten der lustigen Preisaufgabe kann sie ihr Glück versuchen.

Dienstag abends 8 Uhr im Bürgersaal. **Bibelstunde**
Prediger Westermann-Wittenberg.
Hierzu wird herzlichst eingeladen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61173089819310210-11/fragment/page=0003

Brennholzverkauf

der Oberförsterei **Tornau** b. Düben a. d. M. am **16. Februar 1931** ab 10 Uhr im „Heidekrug" in Tornau.

Grenzhaus, Jag. 96a, 110, 133c, 146d, 125c u. Sammelhieb Hauptn. Ei: 119 Klo, 37 Knü, 4 Bruch, 19 Reis I; R u. WBu: 351 Klo, 2 Knorr, 196 Knü, 77 Reis I; Birke: 5 Klo, 1 Knü; Fie: 268 Klo, 77 Knü, 13 Bruch, 41 Reis I.

Lutherstein, Jag 65a, 99a, 100a, 115d und Sammelh. Hauptn. Jag. 1-6e, Ei: 59 Klo, 2 Knü, 2 Bruch; R u. WBu: 199 Klo, 21 Knü, 34 Reis I; Birke: 8 Klo, 30 Knü, 14 Reis I; Kie u. Fi: 51 Klo, 27 Knü, 1 Reis I

Tornau-Nord, Jag 102a, 119b, Tot. Hauptn. 119d; Ei: 93 Klo, 14 Knorr, 8 Knü; R u. WBu: 78 Klo, 30 Knorr, 5 Knü; Birke: 4 Klo, 1 Knü; Kie: 12 Klo, 2 Knorr, 2 Knü, 65 Reis I.

Tornau-Süd, Jag. 2a, Tot. Hauptn. 2b; Fie: 18 Knü, 76 Reis I.

Schwemsal, Jag. 14b, 50c, 23Bb; WBu: 7 Klo, Kie: 92 Klo.

Berichtigung vorbehalten.

Nutzholzverkauf

der Oberförsterei Gräfenhainichen

am **Dienstag, den 24. Februar 1931 vorm. 9 Uhr** in der **„Weintraube"** in **Gräfenhainichen:**

Försterei Mühlbeck: Jagen 266, Durchforstung Jagen 269: 12 Eichen 1 - 4. Kl. = 7 fm, 600 Kiefern Kl. 1a — 3b = 210 fm,

Försterei Sandersdorf: Jagen 253, 258: 7 Eichen 2. — 6 Kl. = 6 fm, 117 Kiefern 1b — 3a Kl. = 40 fm.

Försterei Ellerborn: Schlag Jagen 35 und Totalität: 925 Kiefern 1b — 4 Kl. = 410 fm.

Försterei Sarmen: Durchforstung Jagen 32, 33: 80 Kiefern 1b — 2b Kl. = 22 fm.

Försterei Naderkau: Schlag Jagen 88, Durchforstungen Jag. 84, 86, 89, 93, 95, 98, 104 und Totalität: 17 Eichen 1. — 6. Kl. = 10 fm, 1275 Kiefern 1a — 4 Kl. = 500 fm.

Försterei Breske: Durchforstungen Jagen 121, 123, 126, 130, 132, 133, 134: 234 Kiefern 1b — 3b Kl. = 90 fm.

Försterei Bleesern: Durchforstungen Jagen 171, 172 und Totalität: 380 Kiefern 1b — 4. Kl. = 125 fm.

Bezahlung kann im Termin erfolgen.

Aufmaßlisten können nur bei sofortiger Bestellung gegen Erstattung der vorgeschriebenen Gebühr geliefert werden. Es enthält: Liste I das Nutzholz der Försterei Mühlbeck und Sandersdorf, Liste II: Ellerborn und Sarmen, Liste III: Naderkau, Liste IV: Breske und Bleesern.

Der Preußische Staatsoberförster.

Weisse Woche

von Montag, den 9. Februar
bis Montag, den 16. Februar

Alle Weisswaren enorm billig

Einige Beispiele:

Linon-Bezug mit 2 Kissen	Mk. 5,—	Frottierhandtücher	50 Pfg.
Streifsatin-Bezug mit 2 Kissen	Mk. 5,50	Hemdentuch per m	32 Pfg.
Damast-Bezug mit 2 Kissen	Mk. 7,50	Reformröcke, weiß mit reicher Stickerei p. Stck.	Mk. 2,75
Damast-Tischtücher 110/150	Mk. 1,95	weiß. Barchentmännerhemden gute Gebrauchs-Qualität, 100 cm lang	Mk. 2,95
Handtücher, gesäumt und gebändert	25 Pfg.	weiße Barchentfrauenhemden mit Aermel, gute Gebrauchs-	Mk. 2,50
Wischtücher	15 Pfg.	weiß. Barchentreformhemden mit gut Stickerei	Mk. 1,85

Während dieser Tage Gardinen extra billig.

DEUTSCHER EINKAUFSVERBAND HAMBURG

Otto Wildau
Kemberg, Leipziger Strasse
Manufaktur- und Konfektionshaus

Rheuma

Ischias, Hexenschuß, Gliederreißen, Neuralgie (Nervenschmerzen), Gicht! Gern teile ich kostenlos ein einfaches Mittel mit, das mir und zahlreichen Patienten in kurzer Zeit half. Ueber 4000 Dankbriefe. (Ich verkaufe nichts) Krankenschwester Margret Heber, Wiesbaden H 36

Einige Ztr. Stroh

Streu-Stroh
kauft **Willi Reinecke**

Einen Wurf Ferkel

hat zu verkaufen
Otto Heinrich, Landwirt
Rotta

Prima
Schlachte-Federn

Pfund 3,— Rm.
empfiehlt **Ww. E. Reinecke**

Hochtragende Kuh

zu verkaufen
Friedr. Winkler, Weinberge

Benutzen Sie an den langen Winterabenden unsere reichhaltige

Leihbibliothek

Richard Arnold,
Buch- und Papierhandlung,
Leipziger Straße Nr. 64/65

Frisch eingetroffen

Grüne Heringe

Pfund **18** Pfennig
Bratheringe
Bratrollmops
Hering in Gelee
Bismarckheringe
Kronsardinen
Rollmops
Seelachsschnitzel
eingem. Heringe
Bücklinge
Sprotten

J. G. Glaubig

Empfehle morgen früh frisch eintreffend

fr. Schellfisch grüne Heringe

Reinhold Hartmann
Delikatessgeschäft

Morgen **Dienstag** früh empfehle

grüne Heringe fr. Schellfisch Fischfilet

Ww. Emma Reinecke

Dienstag früh wieder billiger Seefischverkauf

frischer Schellfisch
Fischfilet
Goldbarsch
grüne Heringe

P. Miertzschke, Burgstraße 36

Morgen Dienstag von 2 Uhr ab frische

Fasten-, Schaum-, Mohn- und Kümmel-Brezeln.

O. Herrmann, Bäckerei

Empfehle morgen Dienstag 1 Uhr
Schaum- und Fasten-Brezeln
Mittwoch
Pfann- und Spritzkuchen
Hermann Busch

Morgen Dienstag ab 1/2 8 Uhr

Speckkuchen

ab 2 Uhr
Fasten und Schaum-Brezeln
— **Ernst Berndt** —
Bäckerei Tel. 284 Conditorei

Morgen Dienstag, von 1 Uhr an
Schaum- und Fasten-Brezeln
Bäckerei Mattheß

Gicht- und Rheumatranke!
können sich von ihrem qualvollen Leiden befreien durch **Carl Baders Divinalsalbe.** Seit Jahrzehnten 1000fach bewährt bei **Gicht, Rheuma, Ischias, Nervenleiden.** Schmerzstillend u. heilend Wirkung überraschend. Zahlreiche Dankschreiben von Geheilten. Preis 1,50 u. 3,— RM.
Apotheke Kemberg.
Apotheke Bad Schmiedeberg.

In 3 Tagen
Nichtraucher Auskunft kostenlos
Sanitas-Depot, Halle a. S. 143 T

Der
Männer-Turnverein Kemberg

ladet hierdurch die Einwohner von Kemberg und Umgegend zu seinem diesjährigen Kostümfest ein. Das Fest findet am **Sonnabend, den 14. Februar** im Hotel **„Blauer Hecht"** statt und steht unter dem Motto:

Venedig um Mitternacht

Wie alljährlich, so sind auch in diesem Jahre große Ueberraschungen vorgesehen (Mitternachtsszene — Ballett)

Kassenöffnung 7 1/2 Uhr.
Eintritt mit Tanz: Herren 1,— Rm., Damen 60 Pf.

Um den Andrang an der Kasse zu verhindern, findet Kartenvorverkauf statt und zwar ab Dienstag, den 10. Februar bei den Turnbrüdern R. Hamann, P. Klabes und W. Morawietz.

Es wird gebeten, möglichst kostümiert zu erscheinen.

Es sind also alle willkommen. Keiner wird seine Teilnahme bereuen

Der Vergnügungsausschuß

Die werten Mitglieder der **Ländlichen Spar- und Darlehnskasse** werden zum **Dienstag, den 10. Febr.,** abends 1/2 8 Uhr im Bachmannschen Lokale zu einem

Vortrags-Abend

höflichst eingeladen. **Herr Dr. Zimmermann, Halle,** spricht über **wirtschaftliche Lage**

Der Landwirtschaftliche Verein, sowie Freunde und Gönner des Genossenschaftswesens sind uns willkommen. **Der Vorstand.**

Ganz besonders

vorteilhaftes Strumpfangebot

Waschseidene Damenstrümpfe modernste Farben		1,— Mk.
Damen Macco-Strumpf prima Qualitäten	1,00 Mk.	75 Pfg.
Herren Schweiss-Socken		50 Pfg.
Herren-Socken mit kunstseidenen Effekten		50 Pfg.
Herren-Socken prima Seidenflor		1,— Mk.

Otto Wildau :-: Kemberg.
Manufaktur- u. Konfektionshaus

Zur Erledigung von
schriftlich. Arbeiten
Buchführung
Steuersachen usw.
empfiehlt sich
Wilhelm Felgner
Anhalterstr. 7b — Fernsp 279

Zum Schlachtefest

empfehle

Pfeffer, schwarz	1/4 Pfd.	30 Pf.
Pfeffer, weiß	1/4 Pfd.	35 Pf.
Neugewürz	1/4 Pfd.	35 Pf.
Kümmel	1 Pfd.	50 Pf.
Majoran	1/4 Pfd.	25 Pf.
Zwiebeln	1 Pfd.	5 Pf.

Bestes Siedesalz 1 Ztr. 5 Rm
J. G. Glaubig

Kaffee-Filtrier-Papier

empfiehlt **Richard Arnold**

Letanol

das beste Messingputzmittel
empfiehlt **Richard Arnold**

Die Beisetzung der Urne unseres geliebten Dahingeschiedenen findet am
Mittwoch nachmittag 3 Uhr
statt
Ww. Minna Reinecke

Krieger-Verein
Morgen Dienstag, den 10. Februar, abends 8 Uhr im Hotel Palmbaum

Versammlung

Um das Erscheinen aller Kameraden bittet **Der Vorstand**

Am Freitag abend verschied plötzlich und unerwartet mein lieber Mann, unser guter Vater

der Arbeiter

Albert Thiele

im Alter von 62 Jahren

Die trauernde Familie Thiele

Die Beerdigung findet Dienstag nachmittag 1/2 3 Uhr vom Trauerhaus aus statt.

Redaktion, Druck und Verlag: Richard Arnold Kemberg — Fernsprecher Nr 203.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61173089819310210-11/fragment/page=0004

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt" und „Illustriertes Unterhaltungsblatt". — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streik usw erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3gespaltene Reklamezeile 40 Pfg., Auskunftsgebühr 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe undeutlich geschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10,— Mk. das Tausend, zuzüglich Postgebühr Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 18 — Dienstag, den 10. Februar 1931 — 33. Jahrg.

Brünings Sieg.

Starke Mehrheit gegen die Mißtrauensanträge. — Der Kampf um die Geschäftsordnungsreform.

Berlin, 8. Februar.

Der Ausklang der Freitagsitzung des Reichstages ließ für Sonnabend Sturm erwarten. Die Kampfstimmung ist aber in dem ersten Teil der Sitzung, der den Abschluß der großen politischen Aussprache und die damit verbundenen Abstimmungen brachte, zunächst nicht zum Ausdruck gekommen. Die noch anstehenden Redner hielten ihre erwarteten Kampfreden, es gab einige Zwischenrufe und Zusammenstöße, und um zwei Uhr war die Rednerliste beendet.

Es folgten die Abstimmungen,

die verhältnismäßig einfach verliefen, da die gleichlautenden Mißtrauensanträge der Nationalsozialisten und Kommunisten in einem Stimmgang erledigt wurden. Das Ergebnis war Ablehnung der Mißtrauensanträge mit 293 gegen 221 Stimmen bei 13 Stimmenthaltungen, also 72 Stimmen Mehrheit für das Kabinett Brüning, das damit eine neue Bestätigung und einen neuen Sieg errungen hat. Neben den entscheidenden Anträgen waren noch eine Reihe weiterer Kampfanträge zu erledigen gewesen, darunter auch ein deutschnationaler Vorstoß gegen den Reichsminister Treviranus in Form eines Mißtrauensantrages, der mit noch größerer Mehrheit abgelehnt wurde als die Mißtrauensanträge gegen den Kanzler.

Nach den Abstimmungen über das Mißtrauensvotum folgte der nationalsozialistische Antrag auf Auflösung des Reichstags. Für diesen Antrag stimmten die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen, sowie vom Landvolk der Abgeordnete Dr. Wendhausen und die Kommunisten. Der Auflösungsantrag verfiel der Ablehnung, und zwar mit 318 gegen 207 Stimmen.

Nunmehr folgte Abstimmung auf Abstimmung, und zwar spielte die Opposition jetzt das Spiel der fortgesetzten namentlichen Abstimmungen, die alle in Verbindung mit dem Etat standen. Der Zentrumsabgeordnete Esser betrat die Rednertribüne und erklärte, daß auch die Mehrheit jetzt dazu übergehe, alle geschäftsordnungsmäßigen Mittel anzuwenden, um die rechtzeitige Verabschiedung des Etats zu sichern. Nach dem § 42 der Geschäftsordnung könne über die Bestimmungen eines Gesetzentwurfes und über die Anträge gemeinsam abgestimmt werden.

Er beantragte daher, jetzt über sämtliche Kapitel und Titel des Etats gemeinsam abzustimmen und über alle vorliegenden Aenderungsanträge zur Tagesordnung überzugehen.

Es war vorauszusehen, daß dieser Antrag des Abgeordneten Esser, der mit den Mehrheitsparteien besprochen war, bei der Opposition einen Sturm von Entrüstung hervorrufen würde. Reichstagspräsident Löbe erklärte, er sehe in diesen Anträgen nur eine Notwehrmaßnahme. Der Etat hat Zehntausende von Kapiteln und Titeln. Wer den Versuch macht, über jeden Titel eine namentliche Abstimmung herbeizuführen, macht die Erledigung des Etats unmöglich. Es ist klar, daß man dem Parlament das Recht zu Abwehrmaßnahmen zugestehen muß. Diese Maßnahmen stehen mit der Geschäftsordnung nicht in Widerspruch.

Es war ursprünglich beabsichtigt, die Aussprache über die Geschäftsordnungsreform noch am Sonnabend beginnen zu lassen. Dazu kam es infolge der Obstruktionsversuche nicht mehr, sondern die Fragen der Geschäftsordnung werden am Montag im Reichstag beraten werden. Die Opposition versuchte zwar, eine andere Tagesordnung aufzustellen, und zwar wollten die Kommunisten und die Nationalsozialisten eine Debatte über die Gefrierfleischeinfuhr erzwingen, während die Deutschnationalen an der Gefrierfleischeinfuhr naturgemäß wenig Interesse hatten, und statt dessen eine außenpolitische Debatte verlangten.

Aber auch diese Versuche schlugen fehl, und am Montag wird also nun der Reichstag darüber zu beschließen haben, ob er durch eine veränderte Geschäftsordnung arbeitsfähig gemacht werden soll. Reichstagspräsident Löbe wies schon darauf hin, daß man sich auf eine sehr lange Sitzung gefaßt machen müßte. Die Sitzung wird aller Voraussicht nach nicht nur sehr lang, sondern auch sehr stürmisch werden.

Etatsdebatte im Reichstag.

Fortsetzung der politischen Aussprache.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung um 3 Uhr. Die zweite Lesung des Haushalts für 1931, beginnend beim Haushalt des Reichskanzlers und der Reichskanzlei, wird fortgesetzt;

mit ihr verbunden sind der nationalsozialistische Antrag auf Reichstagsauflösung durch den Reichspräsidenten und die kommunistische Interpellation über angebliche Staatsstreichpläne der bürgerlichen Parteien

Abg. Dr. Stolper (Dt. Staatspartei)

stimmt den Ausführungen des Reichskanzlers über die Notwendigkeit zu, den Haushalt auf parlamentarischem Wege und mit einer möglichst großen Mehrheit zu verabschieden. Es hänge davon das Vertrauen der Welt und unseres Volkes selbst zu der Stabilität der deutschen Verhältnisse ab. Wir hätten nach der Inflation infolge einer Ueberschätzung der Verhältnisse mehr Kredit aufgenommen, als es eine so komplizierte Wirtschaft wie die deutsche vertragen konnte. Die späteren Bemühungen, dem wieder entgegenzuwirken, seien dann durch die Weltwirtschaftskrise unterbrochen worden. Es sei erstaunlich, daß Geheimrat Hugenberg, der immerhin einmal im Krupp-Konzern eine führende Stellung innegehabt habe, so unverständige Dinge wie die Pläne von der Hellferich-Mark vorbringe und doch noch in seinen Kreisen als wirtschaftliche Autorität gelten könne. Wir könnten stolz sein auf das, was unser Volk in den vergangenen zwölf Jahren unter diesem System geleistet habe. (Lärm b.b. Komm.) Gewiß hätten wir viele Arbeitslose, aber sie lebten besser als die sowjetrussischen Arbeiter (ern. Lärm b. d. Komm.). Auch die Osthilfe, die zu begrüßen sei, werde ohne Senkung des Zinsfußes durch Rückkehr des geflüchteten deutschen Kapitals und ohne Auslandskapital nicht möglich sein.

Abg. Dr. Neubauer (Komm.)

erklärt, das Loblied des Redners auf das kapitalistische System werde durch die Tatsache gekennzeichnet, daß dieses System dem deutschen Volke Millionen von Arbeitslosen gebracht habe. Der Redner richtet dann heftige Angriffe gegen die Sozialdemokraten und erhält dabei zwei Ordnungsrufe.

Abg. Joos (Zentr.)

erklärt, daß die Reden der Oppositionsparteien keinerlei neue Gedanken gebracht hätten. Wenn der Abg. Dr. Goebbels nicht geschlafen hätte, so erklärt der Redner, dann hätte er oft genug hören können, was der Kanzler über die Gründe gesagt hat, die zur Krise geführt haben. Jeder einfache Mann könnte Herrn Dr. Goebbels ein Kolleg über Volkswirtschaft lesen (Lärm b. d. Nat. Soz. — Abg. Heines (Nat. Soz.) erhält einen Ordnungsruf). Herr Goebbels sagt, die Nationalsozialisten könnten es erst besser machen, wenn sie die Macht haben. Ach, viel wichtiger wäre es, wenn sie erst den Verstand hätten. (Lebh. Beif. b. Zentrum). Das Volk ist dem Kanzler dafür dankbar, daß er Deutschland vor dem Regiment von Dilettanten zu bewahren sucht.

Herr Thyssen z. B. will die Rheinprovinz opfern, um das übrige Deutschland zu retten (Lärm rechts, Hört! Hört! b. Zentrum und Unruhe). Das deutsche Volk wird sich konfessionell nicht wieder gegeneinander hetzen lassen. (Lärm rechts und Rufe: Ihr seid doch die konfessionellen Klassenkämpfer! — Präsident Löbe erteilt mehrere Ordnungsrufe)

Bei den weiteren gegen die Nationalsozialisten gerichteten Ausführungen des Redners kommt es wiederum zu lauten Kundgebungen der Nationalsozialisten, die vom Präsidenten ersucht werden, den Redner nicht zu überschreien. Präsident Löbe weist unter Hinweis auf seine wiederholten, ergebnislosen Ruhemahnungen die nationalsozialistischen Abgeordneten Koch-Ostpreußen, Brückner Heines und Vetter unter stürmischen Zurufen der Nationalsozialisten aus dem Saal. Er erklärt anderen Ruhestörern, deren Namen er im Augenblick nicht feststellen könne, noch nachträglich seine Ordnungsverfügungen zustellen zu wollen.) Der Redner schließt: Es gibt auch einen politischen Hochmut, der vor dem Falle kommt, das werden die Nationalsozialisten bald erfahren. (Lebh. Beifall i. Ztr.).

Der Ansturm der Opposition.

Die Anzeigenbeziehungen im Reichstag

heute zur Staatswissenschaft erhoben.

Abg. Dr. Oberfohren (Dnt.)

wendet sich dagegen, daß der Reichskanzler davon gesprochen habe, Geheimrat Hugenberg habe eine neue Inflation vorgeschlagen.

Er stellt an den Reichskanzler sechs Fragen:

1. Aus welchem Grunde er einer Darlegung, die klar und deutlich von den Gefahren der Deflation spreche, die Absicht der Herbeiführung einer neuen Inflation unterschiebe; 2. ob der Reichskanzler nicht wisse, daß wir uns mitten in einer verhängnisvollen Deflation befinden; 3. ob sein wirtschaftspolitischer Blick nicht erkenne, daß man sich mit den gegebenen furchtbaren Problemen offenen Auges beschäftigen müsse; 4. ob der Reichskanzler vergessen habe, daß schon zweimal das Ausland einen planmäßigen Angriff auf unsere Währung durch Zurückziehung kurzfristiger Kredite unternommen habe und daß die Regierung gegen eine Wiederholung wehrlos sei; 5. daß er bei diesem Zustand der Dinge überhaupt keine selbständige Politik führen könne, und 6 ob er es für möglich halte, diesen Zustand der Dinge als Dauerzustand bestehen zu lassen.

Die Behauptung des Reichskanzlers, **dieser habe 1927 Hugenberg einen Vorschlag gemacht, zuerst den deutschen Osten zu entschulden und dann erst an die Reparationsfrage zu gehen, und daß es die Absicht der damaligen Regierung gewesen sei, diesen Vorschlag zu verwirklichen, erklärte der Redner im Einverständnis mit Hugenberg und den damaligen deutschnationalen Ministern für eine Unwahrheit.**

Weiter stellt er als Teilnehmer und Hauptredner der Versammlung, in der Thyssen seine jetzt angegriffenen Ausführungen gemacht hat, fest, daß die Hauptgrundlagen, auf die sich der Abg. Joos (Ztr.) bezogen habe, eine Fälschung darstellten. (Hört, hört! b. d. Deutschnationalen.)

Als der Redner seine Ausführungen beendet hat, ertönen auf der Rechten laute Rufe: Der Herr Reichskanzler hat das Wort! — Der Reichskanzler befindet sich augenblicklich nicht im Saale.

Abg. Dr. Kleiner (Dnt.)

hält dem Reichskanzler vor, daß es ihm in seiner Erwiderung an Sachlichkeit und an konkretem Inhalt gemangelt habe. Von der Absicht des Kanzlers, den Schleier von der Sabotage der Osthilfe zu lüften, sei nichts übrig geblieben als eine agitatorische Polemik.

Während der Rede des Abg. Dr. Kleiner kommt es zu einem Zwischenfall. Auf einen sozialdemokratischen Zuruf erwidert der Redner sehr scharf und wird zur Ordnung gerufen. Als die deutschnationalen Abgeordneten Schiller und Dr. Quaatz dem Redner zustimmen, erhalten sie ebenfalls Ordnungsrufe.

Abg. Lucke (Wirtschaftsp.)

erkennt an, daß die Reichsregierung bemüht sei, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Die Wirtschaftspartei habe dem Kabinett Brüning von Anfang an ein gewisses Vertrauen entgegengebracht. Die Deutschnationalen aber hätten in Verkennung der Verhältnisse die Auflösung des Reichstags herbeigeführt. Die Folge sei eine Radikalisierung und eine Verschärfung der Wirtschaftskrise gewesen. Der Redner schließt mit einer Kampfansage an die Nationalsozialisten.

Abg. Döbrich (Dt. Landvolk)

gibt eine kurze Erklärung ab, wonach seine Fraktion den Antrag auf Reichstagsauflösung ablehnt, damit sofortige notwendige Maßnahmen gesetzgeberischer Art im Interesse der notleidenden Landwirtschaft nicht weiter hinausgezögert würden. An der Einstellung der Fraktion habe sich seit ihrer Erklärung im November vorigen Jahres nichts geändert; sie verlange eine Umbildung der Reichsregierung, die dem nationalen Volkswillen entspreche, und werde daher den Mißtrauensanträgen zustimmen.

Abg. Dr. Ley (Nat.-Soz.)

erklärt, im Mittelpunkt der Aussprache habe nicht die Kanzlerrede gestanden, sondern die Rede des Abg. Dr. Goebbels. Der Redner wendet sich dann gegen den Abg. Joos, der einmal sein Erstaunen über die Größe der nationalsozialistischen Gedankengänge, die er in einer Versammlung gehört habe, zum Ausdruck gebracht hätte.

Das Haus geht dann zu den

Abstimmungen über die Mißtrauensanträge

über. Zunächst wird abgestimmt über die nationalsozialistischen und kommunistischen Mißtrauensanträge gegen die ganze Reichsregierung. Für die Mißtrauensanträge stimmen mit den Antragstellern die Deutschnationalen und die Landvolkpartei.

Die Anträge werden mit 293 gegen 221 Stimmen bei 13 Enthaltungen abgelehnt.

(Pfui-Rufe b. d. Komm.) Als dann zur Abstimmung über das deutschnationale Mißtrauensvotum gegen den Reichsminister Treviranus geschritten werden soll, beantragt Abg. Esser (Ztr.) Uebergang zur Tagesordnung, da dieser Antrag durch die Ablehnung des Mißtrauensantrags gegen das Gesamtkabinett sich erledigt hat.

In namentlicher Abstimmung wird dieser Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung mit 312 gegen 206 Stimmen bei 7 Enthaltungen angenommen. Für den Antrag stimmte auch das Landvolk. Es folgt die Abstimmung über den nationalsozialistischen Antrag auf Auflösung des Reichstags durch den Reichspräsidenten.

Der Antrag wird mit 318 gegen 207 Stimmen abgelehnt.

Der kommunistische Antrag, das Gehalt des Reichskanzlers zu streichen, wird mit 314 gegen 207 Stimmen abgelehnt.

Es folgt die namentliche Abstimmung über die Anträge auf Streichung bzw. Kürzung des Gehalts des Reichsministers

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61173089819310210-11/fragment/page=0005